gegen den russischen Staat erwirkt. Durch den Beschluß war das Guthaben des russischen Fiskus bei dem Bankhause Mendelssohn u. Co. in Höhe von 3½ Millionen Rubel mit Beschlag belegt. Das Auswärtige Amt hatte darauf den Kompetenzkonflikt erhoben, weil es behauptete, „das Völkerrecht lasse nicht zu, daß gegen einen fremden Staat ein Urteil ausgesprochen und vollstreckt werde". Der Kompetenzgerichtshof entschied am Sonnabend in dieser Sache dahin, daß der Kompetenzkonflikt begründet sei und deshalb der Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß vom 15. Dezember 1909 aufzuheben ist.

Auch dem Kläger wird jetzt wohl die Erkenntnis dämmern, daß man sich an gewissen Stellen mit kläglicher Aengstlichkeit bemüht, sich in Liebesdiensteifer gegen Rußland zu überbieten. Rechtskräftige Erkenntnisse deutscher Gerichte haben die Hellfeldtschen Ansprüche als berechtigt erklärt. Aber das auswärtige Amt erwirbt sich das Verdienst, den russischen Fiskus vor der Unannehmlichkeit, zahlen zu müssen, zu behüten.

Der kranke Mann.

Die Norddeutsche Allgem. Zeitung schreibt: „Zum Falle Eulenburg haben in den letzten Tagen einige Blätter die Mitteilung gebracht, daß Fürst Eulenburg wieder verhandlungsfähig sei und daß die Staatsanwaltschaft, um einer parlamentarischen Interpellation über den Stand des Meineidsverfahrens aus dem Wege zu gehen, den Prozeß im September in der ersten Schwurgerichtsperiode wieder aufnehmen wolle. Diese Nachrichten sind völlig unzutreffend. Seitens der Staatsanwaltschaft ist Fürst Eulenburg nach den Gerichtsbeschlüssen durch den Medizinalrat Dr. Störmer im April und Mai dieses Jahres untersucht worden, und zwar beim zweiten Male mittels Röntgenapparats und mittels Orthodiagraph. Diese Untersuchungen haben erneut ergeben, daß Fürst Eulenburg nicht verhandlungsfähig ist und daß sein Herzleiden, Arteriosklerose und Herzvergrößerung, weiter fortbesteht. Die Staatsanwaltschaft ist daher außerstande, die Anberaumung eines neuen Hauptverhandlungstermins zu beantragen."

Die groteske Komödie nimmt also ihren programmäßigen Verlauf: Sobald der Herr Staatsanwalt sich liebevoll nach dem Befinden des süßen Phili erkundigt, ist Fürst Eulenburg sterbenskrank und somit nicht verhandlungsfähig.

Aus einem Ostelbien-Paradiese.

Aus Stolp i. P. wird mitgeteilt: Welchen Freuden mitunter die Landarbeiter ausgesetzt sind, besonders wenn sie Ausländer sind, zeigt eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Stolp i. P. gegen den Rittergutsbesitzer Holtz in Schwetzkow, der sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. H. war mit seinen Arbeitern in Streit geraten, dessen Ursache das angebliche Nichteinhalten der kontraktlichen Verpflichtungen war, oder, wie es ins Agrarische übersetzt lautet, „die Unbotmäßigkeit der Leute". Dieser Streit endete damit, daß drei Frauen der Arbeiter blutige Köpfe davontrugen. Als die sozialdemokratische Presse diese Rittergutsbesitzers-Heldentaten kritisch beleuchtete, fühlte sich Rittergutsbesitzer H. beleidigt und strengte gegen unsern Genossen Weblich von dem Stettiner Volksboten eine Privatklage an. Er erzielte auch dessen Verurteilung zu 150 M. Geldstrafe. Inzwischen war aber gegen H. von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden; er wurde vom Stolper Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Hiergegen legte er Berufung ein. Er wurde nun zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Ostelbische Luxusbauten.

Bei der Beratung des Kultusetats im preußischen Herrenhause hat sich Herr v. Klitzing über die luxuriösen Schulbauten auf dem Lande beklagt. Anlaß dazu bot ihm ein von der Regierung zu Frankfurt a. d. O. geforderter Umbau eines Schulhauses in seinem Kreise, das nach seinen eigenen Angaben 50 bis 60 Jahre steht, dessen Schulstube 2,60 Meter hoch und in der Mitte mit zwei dicken Säulen geschmückt ist, Fenster von 1 Meter Breite und 1,60 Meter Höhe aufweist und außerdem so niedrig liegt, daß sie unter der vom nahen Dorfteich zuströmenden Feuchtigkeit sehr zu leiden hat. Trotzdem hielt er den Umbau für unnötig. Und nicht nur diesen! Die Regierung zu Frankfurt geht ihm in ihren Forderungen auf diesem Gebiete überhaupt viel zu weit, und darum fordert er den Minister auf, ihren Ansprüchen „ein gewisses Hindernis entgegenzusetzen". Auch die Normativbestimmungen für die ländlichen Schulbauten sind Herrn v. Klitzing ein Greuel, denn die Fenster sind ihm zu hoch, „im Sommer kommt zu viel Sonne, im Winter zu viel Kälte hinein" und ein doppelter Eingang — für den Lehrer und seine Familie und für die Schüler — erscheint ihm unnötig.

Entgegenkommend erklärte ihm der Minister, er habe Grund zu der Annahme, „daß die Regierung in verständiger Weise diese Dinge verwaltet und nicht über das Notwendige hinausgeht". Das letztere dürfte hier um so mehr zutreffen, als erst in jüngster Zeit aus dem gleichen Regierungsbezirk ein überaus trauriger Fall bekannt wurde — aus dem Dorfe Sablath, Kreis Sorau —, wo der Lehrer gegen seine Gemeinde klagbar werden mußte, weil er durch eine ungesunde Dienstwohnung dauernd dienstunfähig geworden war. Und die Gemeinde sah sich gezwungen, in einen Vergleich zu willigen und dem Lehrer 18 000 M. Entschädigung zu zahlen. Solange solche Zustände möglich sind, hat man wohl kaum Grund zu der Beschuldigung, „die Regierung verlangt von einer armen Gemeinde einen unnützen Bau".

Rheinländischer „Antimilitarismus".

Von „militärischer Seite" wird im Anschluß an eine Zeitungsmeldung von einer gefährlichen antimilitaristischen Agitation unter der Jugend des rheinisch-westfälischen Grenzgebietes den Berliner Neuesten Nachrichten geschrieben:

„Wer längere Jahre das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat, im Dreieck Düsseldorf-Köln-Elberfeld, vor allem in der Solinger Gegend, Manöver mitzumachen, wird einen sehr unangenehmen Eindruck von dem Verhalten eines großen Teiles der dortigen Bevölkerung mitgenommen haben. Da sind zunächst die Massen von Manöverbummlern, die ohne alle Disziplin sind. Tausende und Abertausende wälzen sich über die noch bestandenen Felder, brechen in die Gärten ein, plündern die Obstbäume und Beete. Die Angesessenen sehen daher auch der Ankunft der Truppen nicht gerade freundlich entgegen, deren Anwesenheit den Janhagel der bergisch-märkischen Industriestädte auf ihren Besitz hetzt. Daß infolgedessen auch in der Truppe starke Erbitterung sich geltend macht, ist um so verständlicher, als es häufig vorgekommen ist, daß die zum Aufrechterhalten der Ordnung kommandierten Unteroffiziere und Mannschaften nachts in ihren Quartieren überfallen wurden. Und welche Freuden die Aufrechterhaltung der Ordnung in belegten Orten für die damit betrauten Organe bringt, wird der am besten ermessen können, der in jenen Gegenden bei ausbrechendem Feuer oder bei Elementarereignissen einmal Absperrungen vorzunehmen hatte, um dem „Rettungsdrange" des Pöbels vorzubeugen. Dieser Janhagel setzt sich fast durchweg aus jüngeren, noch vor der Dienstzeit stehenden Burschen zusammen, die von der Sozialdemokratie bis aufs äußerste verhetzt und meist wegen Roheitsvergehen vorbestraft, hernach zu den Truppenteilen kommen. Die Zustände in dem genannten Gebiet erfordern dringend Abhilfe, und es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn die Staatsregierung dieser das ganze Bergisch-Märkische in schweren Mißkredit bringenden Verhetzung durch geeignete Maßnahmen gründlich das Handwerk legen würde."

Vorausgesetzt, daß die Schilderung der Militärischen Zeitung auf Wahrheit beruht, ergibt sich gerade daraus, daß das alberne Gerede von „sozialistischer Verhetzung, der das Handwerk gelegt werden soll", blanker Unsinn ist. Es handelt sich bei den rheinischen „Antimilitaristen" einfach um Elemente, die in jeder Großstadt und in allen dicht bevölkerten Gegenden zu finden sind. Sie sind aber gerade schärfste Gegner der aufgeklärten Arbeiterschaft, wohl aber sind sie bei jedem hurrapatriotischen Anlaß als Staffage und Mitwirkende vorhanden, wie sich ja auch aus der Darstellung selbst zeigt, in der sie als „Manöverbummler" auftraten.

Sobald das Geld im Kasten klingt . . .

Der in Würzburg erscheinende Armenseelenbote angelt mit folgenden himmlischen Verheißungen nach neuen Lesern: „Im weiteren machen wir unsere geehrten Abonnenten darauf aufmerksam, daß wir vom dritten Jahrgang an jährlich 72 heilige Messen für die Anliegen der Abonnenten und zum Troste der armen Seelen lesen lassen werden, ferner wer den Abonnementspreis im voraus einsendet, wird in den „Sühnungsverein der verlassenen Seelen im Fegefeuer" aufgenommen, in welchem jede Woche über 4000 heilige Messen gelesen werden."

Spandau-Potsdam. Zum konservativen Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Spandau-Potsdam-Osthavelland für die im nächsten Jahre stattfindende Reichstagsneuwahl wurde in Nauen in einer von den konservativen Vertrauensmännern des Wahlkreises abgehaltenen Versammlung der Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Lüdicke, Spandau, einstimmig aufgestellt. — Herr Lüdicke hat lebhafte Sehnsucht, Erbe des mandatsmüden Herrn Pauli zu werden.

Der Entwurf des Wasserstraßenabgabengesetzes befaßt sich nur mit den Stromgebieten des Rheins, der Elbe und der Weser, für die als gemeinsame Ströme mehrerer Bundesstaaten die Reichsgesetzgebung zuständig ist. Die Oder als rein preußischer Strom fällt nicht unter das Gesetz. Jedoch liegt, wie die Schles. Ztg. hört, eine große Wahrscheinlichkeit dafür vor, daß auch für die Oder, soweit sie nicht schon jetzt den Schiffahrtsabgaben unterliegt, die Sätze der Befahrungsabgaben des neuen Reichsgesetzes maßgebend sein werden.

Nachwehen des Enzyklika-Rummels. Die städtischen Kollegien in Wilhelmshaven lehnten die Beteiligung an der Feier zum ersten Spatenstich für die katholische Kirche infolge der päpstlichen Auslassungen ab. — Nun zittre, stolzes Rom!

Agrarische Rache. In Burgstädt im Wahlkreise Friedberg-Büdingen verpflichteten sich die Mitglieder des Bundes der Landwirte durch Unterschrift, die Gewerbtreibenden, die in der Stichwahl nicht bündlerisch wählten, geschäftlich zu boykottieren. — Und solche Gesellen haben die Stirn, von sozialdemokratischem Terrorismus zu schwatzen!

Die Thomalla-Affäre. Die Verwaltung des Johannisburger Kreises hatte beabsichtigt, das Kreiskrankenhaus zu schließen, da sich für den Posten des leitenden Arztes an Stelle des gemaßregelten Kreisarztes Dr. Thomalla niemand hergeben wollte. Jetzt meldet die Masurische Ztg., daß das Kreiskrankenhaus zum 1. Juli aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geschlossen werden wird, da der einzige triftige Grund zur Schließung: „Mangel eines leitenden Arztes", dadurch beseitigt ist, daß Kreisarzt Dr. Thomalla sich der Regierung zur weiteren Leitung des Krankenhauses bedingungslos zur Verfügung gestellt hat.

Badische Bombenängste. In Karlsruhe verursacht das Gerücht „große Aufregung", an den Großherzog seien anonyme Drohbriefe ergangen, in denen es heiße, das Schloß werde in die Luft gesprengt werden. Der Großherzog habe am Sonntag wieder eine Zuschrift erhalten, in der von einem Bombenanschlag auf das Schloß gesprochen werde. Bisher seien die von der Polizei angestellten Ermittlungen völlig ergebnislos gewesen. In maßgebenden Kreisen messe man den Drohbriefen jedoch keine Bedeutung bei. — Wahrscheinlich fürchten sie nach dem Ergebnis des Münchner „Geheimbundprozesses" einen neuen Reinfall einer allzueifrigen hochwohllöblichen Polizei.

Agrarische Geschäftchen. Ein neues Beispiel für die auffallende Steigerung der Güterpreise wird aus dem Kreise Luckau mitgeteilt. Das Rittergut Oehna im Kreise Luckau wurde vor zwölf Jahren für 270 000 M. verkauft, vor 1½ Jahre ging es für 500 000 M. in andere Hände über, und jetzt vor kurzer Zeit ist es abermals für 750 000 M. verkauft worden. Also in zwölf Jahren eine Preissteigerung auf fast das Dreifache!

Kleine politische Nachrichten. Der spanische Ministerpräsident Canalejas erklärte in seiner Antwort auf die letzte Protestkundgebung des Episkopats, die Regierung habe ein Werk der Toleranz und des Friedens unternommen, für das sich bei den letzten Wahlen die Mehrheit erklärt hätte. Das Dekret über die Auslegung des Artikels 11 der Verfassung verletze in keiner Weise das Konkordat, sondern führe nur auch in Spanien die Gewissensfreiheit ein. — Der russische Reichsrat hat den Gesetzentwurf über Finnland in der von der Reichsduma genehmigten Fassung angenommen. — Die Verhaftung des Vertreters des Wiener k. k. Korrespondenzbureaus und der Wiener Politischen Korrespondenz, Barons Ungern-Sternberg, erregt in russischen diplomatischen und militärischen Kreisen großes Aufsehen. Sie wird mit dem Verschwinden wichtiger geheimer Aktenstücke aus der Bibliothek der Kriegsakademie in Zusammenhang gebracht. — Die Times melden aus Tanger: Die beiden französischen Kolonnen sind nach dem Schaujagebiet zurückgekehrt, nachdem sie ihre Expedition gegen die Tribabs beendet haben. Die Franzosen sind nach Tadla vorgedrungen, etwa 100 Meilen von Casablanca entfernt. Sie stießen nur auf geringen Widerstand. Der Eindruck, den der Vormarsch auf die Nachbarstämme hervorgerufen, ist sehr groß. In der Umgebung von Fez haben alle dem Militärdienst unterworfenen Stämme sich geweigert, zu den scherifianischen Truppen zu stoßen. — Die chinesische Regierung hat ihre Zustimmung zu einer Denkschrift verweigert, in der von Delegierten von Provinzen und chinesischen überseeischen Gemeinden die Gewährung einer Konstitution gefordert worden war. Die Regierung erklärt in ihrer Antwort, es sei unmöglich, den von dem verstorbenen Kaiser festgesetzten Zeitraum von neun Jahren abzukürzen, „da die Bevölkerung für die Erlangung konstitutioneller Rechte noch nicht reif sei".

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Schmarotzer.

Genosse Daszynski hat im österreichischen Abgeordnetenhause gezeigt, wie der Adel, „diese kleine, abgetane, abgelebte und abgewirtschaftete Minorität, die wie ein Krebs am modernen Staate zehrt, die von der Hofgnade abhängig ist und von Vergünstigungen auf allen Gebieten lebt", durch Gesetze und Regierungsmaßregeln in seinem arbeitslosen Dasein erhalten und bereichert wird. Eine Ergänzung dazu gibt eine ungarische Statistik, die den Adel als den ausgehaltenen Lakaien des Großkapitalismus zeigt. Es wurde festgestellt, daß nicht weniger als 152 Adlige: 1 Fürst, 1 Markgraf, 106 Grafen und 44 Barone, als Verwaltungs- und Aufsichtsräte in Aktiengesellschaften zusammen 843 Posten innehaben. Man weiß, daß die Aktiengesellschaften die Tantiemen, die diesen Herren zufließen (die „Volksstimme" berechnet sie viel zu niedrig auf 1 372 000 Kronen) und die „von Rechts wegen" ihren eigenen Kapitalisten zufließen müßten, als „Spesen" betrachten. Man kauft damit die „glänzenden" Namen und die hochragenden „Beziehungen". Der stolze „historische" Adel aber nimmt die Trinkgelder aus der Hand der sonst von ihm verachteten Juden und Kaufleute. Es riecht nicht. —

Frankreich.

Interpellationen über die allgemeine Politik.

Paris, 27. Juni. Die Deputiertenkammer setzte heute die Beratung der Interpellationen über die allgemeine Politik fort. In Beantwortung der Ausführungen verschiedener Redner erklärte Ministerpräsident Briand, die Regierung wolle sich bei der Ausübung der öffentlichen Gewalt auf die republikanische Mehrheit stützen. Bei den Kämpfen, die die Republik zu bestehen gehabt habe, habe sie bisweilen, um sich den Sieg zu sichern, bis zum Aeußersten gehen müssen. Wenn aber die Schlacht gewonnen sei, sei es die Pflicht eines Führers, der seine Armee achte, sie anzuhalten, damit sie ihren Sieg nicht beschmutze. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Die republikanische Partei habe die Macht und sie habe, um die Regierung für alle führen zu können, gewisse Verpflichtungen, ohne deshalb ihre Ansichten aufzugeben.

Briand forderte die Majorität auf, ihm volles Vertrauen zu schenken und nicht nur Vertrauen für die nächste Zukunft, das der Regierung nur zu vegetieren gestatte und ihre Schwäche dem Lande mitteile. Wenn ihm dies Vertrauen nicht geschenkt werden könne, möge man es sagen. (Lebhafter Beifall links und bei einem Teil des Zentrums.)

Der Ministerpräsident besprach hierauf verschiedene angekündigte Reformen. Die Wahlreform müsse von der Majorität eingeführt werden, um lebensfähig zu sein. Im Unterricht sei die Kontrolle des Staates notwendig. Briand versicherte, er werde das Gesetz über die Altersversicherung der Arbeiter zur Ausführung bringen. Wegen der Monopole brauche die Regierung nicht Partei zu ergreifen, denn dies sei eine Frage der Opportunität. Das Programm, das seine Erklärung enthalte, müsse den Ansprüchen der Majorität genügen. Die Regierung werde ferner für „die Ordnung und Sicherheit in den Straßen" Sorge tragen. Schließlich erklärte der Ministerpräsident, er verlange Vertrauen ohne Einschränkung oder Hintergedanken. Die ganze Kammer applaudierte mit Ausnahme der äußersten Linken und einigen Bänken der Rechten.

England.

Die Osborne-Entscheidung und die Arbeiter.

lk. **London**, 26. Juni. Der Kampf um die Wiederherstellung des Rechts der Gewerkschaften zur politischen Betätigung beginnt nun bestimmtere Formen anzunehmen. Die gegenwärtige Lage wird für die Arbeiterpartei immer unerträglicher, weil die von Woche zu Woche sich mehrenden gerichtlichen Einhaltsbefehle gegen die Gewerkschaften, die trotz des Osborne-Urteils ihre politischen Beiträge noch weiter an die Partei abliefern, alle normalen finanziellen Bezugsquellen der Arbeiterpartei zu verstopfen drohen.

Die Arbeiterpartei sucht dieser finanziellen Schwierigkeit zeitweilig dadurch zu begegnen, daß sie an Organisationen und Einzelpersonen Aufrufe zu freiwilligen Beitragsleistungen erläßt. Die englischen Arbeiter erkennen, mit welchen Gefahren dieser Vorgang für die künftige Gestaltung der organisatorischen Grundlagen der Arbeiterpartei verbunden ist. Sie wollen deshalb von der Einführung der freiwilligen Beitragsleistungen nichts wissen. Das Gewerkschaftskartell von St. Helens hat eine Resolution in diesem Sinne gefaßt, in der es heißt:

„Der Gewerkschaftsrat verurteilt aufs schärfste das Vorgehen des Vorstandes der Arbeiterpartei wegen des Aufrufs zu freiwilligen Beitragsleistungen und fordert die Arbeiterpartei dringend auf, der Frage der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften entschlossen entgegenzutreten und 1. alle Gewerkschaften nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß es eine Lebensnotwendigkeit ist, die gegenwärtigen Beiträge für politische Zwecke ungeachtet des Osborne-Urteils weiter einzuholen. 2. die Vorstände der Gewerkschaften, die gerichtliche Einhaltsbefehle erhalten haben, zu veranlassen, sie zu mißachten, mit der Beitragserhebung fortzufahren und in allen Organisationen solche Männer in verantwortliche Stellungen zu setzen, die bereit sein werden, wenn nötig, eher ins Gefängnis zu gehen als die Rechte aufzugeben, die in den letzten 40 Jahren von den Gewerkschaften ausgeübt wurden. 3. Sofort Aktionen zu unternehmen, um die von den Gewerkschaften bisher ausgeübten politischen Funktionen durch Parlamentsakte wieder herzustellen. 4. Die Arbeiterpartei möge sobald wie möglich eine Sonderkonferenz zur Beratung über diese Frage einberufen."

Diese Resolution wird allen Gewerkschaftskartellen und anderen lokalen Organisationen der Arbeiterpartei zur Stellungnahme zugeschickt werden.

Unterdessen wird der Kampf um die Rechte der Gewerkschaften auch im Parlamente nicht zur Ruhe kommen. Letzten Dienstag stellte der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Genosse Barnes, an den Premierminister die Frage, ob er sagen könne, wann sich im Unterhause die Gelegenheit zur Verhandlung dieser Frage finden werde. Asquith antwortete darauf mit einem trockenen: Nein! Die Arbeiterpartei wird nun zunächst, und zwar schon im Laufe der nächsten Tage, in Form einer Deputation den Premierminister um seine Stellungnahme befragen. Von der Antwort, die die Deputation erhalten wird, werden dann die nächsten Schritte der Arbeiterpartei abhängen. Eine schroff ablehnende Haltung der Regierung würde sicher große Massen von organisierten Arbeitern in die höchste Erregung versetzen und leidenschaftliche Kämpfe im ganzen Lande heraufbeschwören.

Portugal.

Das neue Kabinett.

Lissabon, 27. Juni. Der König hat dem neuen Kabinettschef Teixeira die Auflösung des Parlaments bewilligt. Das Datum für die Neuwahlen ist noch nicht festgesetzt, doch werden die Cortes am 23. September wieder zusammentreten. Die gegenwärtige Mehrheit, bestehend aus Progressisten, Henriquisten, Nationalisten und einem Teil der Franquisten, beginnt bereits mit heftigsten Angriffen gegen die neue Regierung. Die Erstgenannten dehnen ihre Opposition sogar gegen die Krone aus, der sie Unheil voraussagen. Die Dissidenten bewahren einstweilen eine abwartende Haltung, während die Republikaner grundsätzlich opponieren.

Teixeira de Souza veröffentlichte bei seiner Wahl zum Parteichef ein Programm, wodurch er sich auf einen liberalen Kurs festlegte. Es muß jetzt abgewartet werden, inwieweit er seine Pläne verwirklichen kann. Als besonders bemerkenswert ist zu erwähnen ein groß angelegter kolonialer Reformplan.

Balkan.

Die Note der Kretamächte.

Konstantinopel, 27. Juni. Wie verlautet, wird die Pforte die gestrige Note der Kretamächte dahin beantworten, daß sie die Zeit der Bestimmung des definitiven Regimes für gekommen erachte. Das Ministerium des Innern erließ ein Zirkular, das den Provinzbehörden die gestrige Note mitteilt und sie auffordert, auf die Beruhigung der Gemüter hinzuarbeiten. Die Polizeidirektion befahl den Polizeiorganen, darauf zu achten, daß der Boykott gegen Griechenland nicht in Gewalttätigkeiten ausarte. Das Preßbureau dementiert auf Grund offizieller Nachrichten die Blättermeldungen über die Gefährdung der Ordnung in Aegypten.

•

Rom, 27. Juni. In der Deputiertenkammer beantragte Abg. Galli, Italien möge die Initiative ergreifen, um die kretische Frage im nationalen Sinne zu regeln und so zur Beruhigung des Orients beizutragen. Der Minister des Aeußeren San Giuliano erwiderte darauf, man könne nicht dulden, daß der Friede, das größte Gut der Völker, durch die Haltung der Kreter gefährdet werde. Die Kreter müßten sich von der absoluten Notwendigkeit überzeugen, keine weiteren Provokationen gegen die Türken zu begehen. Die Haltung Griechenlands in der kretischen Frage sei bis jetzt sehr korrekt gewesen. Nachdem Galli dann erklärt hatte, daß ihn die Antwort des Ministers nicht befriedige, entgegnete dieser nochmals und wies darauf hin, daß die Türkei in der Note der vier Schutzmächte aufgefordert worden sei, der Agitation gegen Griechenland, dessen Haltung eine solche nicht rechtfertige, ein Ende zu machen. Er protestiere gegen die Behauptung Gallis, daß Italien von den anderen Nationen abhängig sei. (Beifall.)

Rußland.

Hungersymptome in Sibirien.

Aus Petersburg wird der Russ. Korresp. geschrieben:

Für den Tiefstand der russischen Volkswirtschaft, soweit sie von den Verwaltungsfaktoren geregelt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100628/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG